

Rede zum Haushalt 2018 – es gilt das gesprochene Wort

Wir haben erstmalig seit Jahren wieder einen Haushalt vorliegen, der erfreulicherweise ausgeglichen ist. Wir stellen fest, dass die Bemühungen zu strukturellen Finanzverbesserungen gemäß den Vorschlägen von Rödl & Partner langsam fruchten. Allerdings sollten uns die derzeit sprudelnden Gewerbesteuereinnahmen nicht dazu verleiten, an dauerhafte Finanz-Fontänen zu glauben. Wir setzen hier lieber auf Nachhaltigkeit, statt auf offenkundig populistische Maßnahmen wie die von der IFI beantragte Senkung der Grundsteuern B. Gerade die Anhebung der Grundsteuern hat für die jetzige Konsolidierung des Haushalts gesorgt. Wir denken zukunftsorientiert und möchten diese Gelder für Investitionen für Ausgaben vor allem im Umwelt- und im sozialen Bereich ausgeben. Wir haben bekanntermaßen in nächster Zeit einige Projekte zu stemmen, von denen ich einige hervorheben möchte.

Ibbenbüren als „ausgezeichnete Fahrradstadt“ braucht über ein Radwegekonzept hinaus ganz offensichtlich ein Fahrradverkehrskonzept, weil viele ausgewiesene Fahrradwege, insbesondere in der Innenstadt nur bedingt nutzbar sind.

Wie die Eingabe eines Bürgers nachvollziehbar dokumentiert, erscheint die Anlage von Radwegen in der Innenstadt teils ohne Sinn und Verstand zu sein, wie am Beispiel der Weberstraße zu erkennen ist, wo der Radweg plötzlich unterbrochen wird, um zwei PKW-Stellplätzen Vorrang zu geben. An der Weststraße ist der Radweg regelmäßig zugeparkt, was offensichtlich nicht kontrolliert wird. Auch die Situation an der Wilhelmstraße offenbart, dass die Überlegungen zur neuen Verkehrsführung hier nicht ausgereift sind. Vielleicht wäre hier eine ausgewiesene Fahrradstraße angebracht. Gerade im Bereich der Schulen sollten der Radverkehr Vorrang vor den PKW haben!

Wir sind froh, dass wir die Gründung eigener Stadtwerke geschafft haben. Allerdings ist diese Errungenschaft aus unserer Sicht noch deutlich ausbaufähig. Ökostrom sollte aus unserer Sicht nicht nur offensiver beworben, sondern dessen Produktion, und zwar in der Region, deutlich verstärkt werden. Der Kreis hat sich zum Ziel gesetzt bis 2050 energieautark zu werden – eines der Ziele, dem man aus unserer Sicht folgen sollte, indem PV-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden installiert werden, z.B. auf dem Dach des Ratssaals. Die Gemeinde Saerbeck hat dies beispielhaft vorgemacht, und zwar weit über die Region hinaus.

Energetische Maßnahmen müssen überhaupt intensiviert werden. Es gibt demnächst kein Argument mehr für die Neu-Installation oder Beibehaltung von Kohleheizungen in öffentlichen Gebäuden, bei Import-Kohle jedenfalls nicht. Das sollte bei Heizungserneuerungen z.B. in Johannes-Bosco oder Mauritius berücksichtigt werden, für die möglicherweise Mittel aus dem Programm „Gute Schule“ genutzt werden können.

Wir plädieren nachdrücklich für eine 4. Reinigungsstufe an der Kläranlage, nicht nur um z.B. belastende Stoffe aus der Medizin, wie Röntgenkontrastmittel, sondern auch, um Mikrolastik, also Plastikkleinstteilchen herauszufiltern, die sich zunehmend als großes Umweltproblem offenbaren, dessen Dimension wir derzeit noch nicht erahnen können. Die Analysemöglichkeiten verbessern sich rasant, deshalb sollten wir diese Chance für die Aa nutzen, um die Wasserqualität der Aa über die Ems hinaus zu verbessern, zumal die Salzfrachten künftig drastisch zurückgehen dürften.

Wir dürfen das dramatische Insekten- und Bienensterben nicht länger ignorieren! Wir fordern die Stadtverwaltung auf, ggf. in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, sog. Wegeränder oder Blühstreifen in städtischem Besitz in einem Kataster zu erfassen und deren Zustand regelmäßig zu kontrollieren, damit die derzeit vielerorts grassierende, illegale Nutzung als Ackerfläche zugunsten des Erhalts der Artenvielfalt unterbunden wird. Das Beispiel der Gemeinde Altenberge hat hier erschreckende Ergebnisse offenbart.

Wir haben dem Konzept zur Umgestaltung des Aasee-Areals mit einigen kritischen Hinweisen zugestimmt, weil uns bewusst ist, welche Bedeutung der Aasee als Freizeit- und Erholungsraum für die Bürger unserer Stadt besitzt. Der See selbst hätte allerdings auch dringend eine Auffrischung nötig, um die Wasserqualität zu verbessern. Um den Sauerstoffgehalt zu erhöhen, schlagen wir die Installation einer solarbetriebenen Fontäne vor, um mehr Sauerstoff einzubringen. Außerdem wäre das sicherlich eine zusätzliche Attraktion für den Aasee, die wir hiermit beantragen.

Natürlich sind wir in diesem Zusammenhang für eine angemessene Sanierung des Aaseebades, das ein attraktives Angebot nicht nur für die Bürger unserer Stadt bietet, sondern auch darüber hinaus wahrgenommen wird.

Wir fragen uns allerdings, ob die im Aaseekonzept vorgesehene Durchsicht von der Münsterstraße zum Seebereich tatsächlich Sinn macht? Umgekehrt vom See zur Kreuzung Altenhövel etwa auch? Wir bezweifeln, dass dies „schöne Aussichten“ sind. Das würde zudem mehr Lärm in Richtung Aasee bedeuten. Wir möchten, dass der Mühlenteich in seinem Bestand erhalten bleibt, weil er dort als kleines Biotop fungiert. Überhaupt, und hier greifen wir gerne die Kritik des Naturschutzverbandes ANTL auf, sollten wir Naturschutzaspekte nicht ignorieren. Der Hochwasserschutz muss ebenso beachtet werden wie die Laichzonen für Fische und Amphibien. Wir unterstützen zudem den Vorschlag, ein „grünes Band“, d.h. entlang einer naturnahen Zone vom Aasee bis nach Püßelbüren zu knüpfen, wobei die Renaturierung der Aa gemäß der EU-Wasserschutz-Richtlinie ein wesentliches Ziel sein sollte. Die eingeleiteten Salzfrachten durch den Bergbau werden künftig massiv zurückgehen, sodass sich diese Bemühungen im Sinne des Umweltschutzes lohnen werden.

Zur jetzt erneut diskutierten Erweiterung des Kepler-Gymnasiums möchten wir daran erinnern, dass wir seinerzeit beantragt haben, die Entscheidung zu vertagen, bis Klarheit über die Pläne der neuen Landesregierung besteht. Das ist hier leider abgelehnt worden und nun wird so getan, als wenn wir hektisch handeln müssten. Das sehen wir nicht so. Wir sind der Meinung, dass man die Entwicklung der Oberstufen abwarten sollte, zumal neue, wie an der Gesamtschule und an weiteren Schulen im Umfeld, hinzukommen werden.

Bei der Wohnbauförderung sollten wir den sozialen Wohnungsbau deutlich stärker forcieren als den Eigenheimbau, der massiv Fläche verbraucht. Wir sind der Ansicht, dass wir unsere bestehende Baugenossenschaft stärker ausbauen und unterstützen sollten, statt diesen Markt privaten Investoren zu überlassen.

Überhaupt werden wir beim Flächenverbrauch auch künftig fast gebetsmühlenartig darauf drängen, dass wir vor allem bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken strengere Kriterien

anlegen. Bestimmte Dienstleister gehören nicht in Gewerbegebiete. Offenbar und erfreulicherweise sehen das nicht nur wir Grüne kritisch.

Noch einige Bemerkungen zur Flüchtlingsunterbringung, konkret zur ZUE - Zentralen Unterbringungseinrichtung - auf dem Schafberg, auch, wenn dies hier nicht zu unserem Haushaltsthema gehört:

Es kann doch nicht richtig sein, dass vom Land in einer riesigen Flüchtlingsunterkunft demnächst fast 1000 Menschen unterschiedlichster Herkunft und sozialer Prägung, zumal von der Innenstadt weit abgelegen, in einem Lager zusammenpfercht werden. Hier sind Frust und Konfliktpotential vorgeprägt. Wir bitten deshalb unsere Stadtverwaltung, die bei der Flüchtlingsbetreuung bislang einen Superjob gemacht hat, sich dafür einzusetzen, dass Ehrenamtliche sich um diese Menschen kümmern dürfen, statt diese nach außen abzuschotten, zumal deren Aufenthaltsstatus in vielen Fällen längst nicht endgültig geklärt ist.

Auseinandersetzen sollten wir uns hier im Rat dringend mit der Frage, wie wir den stationären Handel in der Innenstadt gegenüber dem Online-Handel stärken können. Eine Senkung der Parkgebühren, wie von einigen anderen Fraktionen nach wie vor gern gefordert wird, wird hier sicherlich nicht mehr helfen.

Meine lieben KollegInnen, diese Stadt steht vor einer gravierenden Zäsur. Der Steinkohlenbergbau, der diese Region seit etwa 500 Jahren nachdrücklich geprägt und die auch über Jahrhunderte davon gelebt hat, steht vor dem politisch beschlossenen Aus. Ob dieser Beschluss richtig oder falsch war, können wir vor Ort nicht mehr beeinflussen. Vor dem Hintergrund, dass das Kraftwerk künftig sonstwoher unter unklaren Bedingungen geförderte Importkohle beziehen soll, erscheint dies mindestens fragwürdig.

Jedenfalls möchten wir den Abschied von der Steinkohlenförderung würdig begleiten und uns gleichzeitig auf die Zukunft einstellen, die wir konstruktiv begleiten wollen.

Wir stimmen deshalb diesem Haushalt zu.

In diesem Sinne schließe ich für die Fraktion der Grünen, die sich grundsätzlich als "Teil des gallisches Dorfs Ibbenbüren" aus Sicht des Ruhrreviers verortet haben,

mit einem herzlichen Glückauf auf!

Dr. Marlene Klatt

Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen